

Redebeitrag Torsten Jäger (Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz) bei der Kundgebung „Erinnerung – Aufklärung – Gerechtigkeit – Konsequenzen! 1 Jahr nach Hanau – Gemeinsam gegen Rassismus“ am 19. Februar 2021 in Mainz

Liebe Freund*innen,

wie überall in Deutschland stehen wir heute auch hier in Mainz, um ein Jahr nach den rassistischen Morden von Hanau der Opfer zu gedenken, die Forderung ihrer Familien, Angehörigen und Freund*innen nach Antworten auf ihre Fragen zu unterstützen und

- von uns selbst,
- von denen, die sich „in der Mitte der Gesellschaft“ verorten und
- von politisch Verantwortlichen

zu verlangen, Rassismus als eine Realität anzuerkennen, sich mit dieser Realität auseinanderzusetzen und Wege zu beschreiten, die zu seiner Überwindung führen. Dabei reicht es nicht aus, reflexhaft zu betonen, dass man Rassismus verabscheut. Und so wichtig es ist: Es reicht auch nicht aus, reflexhaft die Opfer von gewaltförmigem Rassismus zu betrauern und Solidaritätsadressen abzugeben.

Rassismus braucht Vorurteile und Rassismus braucht Macht, um existieren zu können! Wenn beides aufeinander trifft, wird es gefährlich. Wir alle haben Vorurteile, weil wir der Komplexität der Welt ohne Vorurteile wahrscheinlich hilflos gegenüberstünden. Sie werden immer dann gefährlich, wenn wir uns dessen nicht bewusst sind und wenn wir

- unsere Vorurteile mit Abwertung verbinden;
- mit unseren Vorurteilen die Individualität jedes einzelnen Menschen vollständig außer Acht lassen oder sogar negieren und
- unsere Vorurteile nicht immer wieder kritisch überprüfen und hinterfragen, sondern sie stärker werden lassen als die Wirklichkeit.

Unsere Vorurteile immer wieder zu hinterfragen ist deshalb die Aufgabe von jedem und von jeder und sicher ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, Rassismus zu überwinden. Aber Rassismus braucht eben nicht nur Vorurteile, sondern er braucht auch Macht: Die Macht, Vorurteile ohne nennenswerte Widerstände leben und realisieren zu können:

- in der Alltagssprache, die rassistische Begriffe bereithält, um zum Beispiel mit Schokolade überzogenen Eischnee auf einer Waffel zu benennen oder einer Paprikasoße einen Namen zu geben;
- im alltäglichen Verhalten, in dem Menschen aufgrund von Vorurteilen ignoriert, übergangen, verächtlich angesehen, beleidigt, angespuckt oder angegriffen werden;
- in den Strukturen, in denen Lehrer*innen Bildungsprognosen stellen und Schulempfehlungen abgeben, Programminhalte von Sendungen und die Besetzung von Podien beschlossen wird oder in denen Polizist*innen entscheiden, wen sie anlasslos kontrollieren und wie sie bei Straftaten ermitteln;
- in Normen und Gesetzen, wenn Schutzsuchende mit Arbeitsverboten überzogen und gezwungen werden, in Massenunterkünften zu leben und bei der Leistungsgewährung gleichzeitig unterstellt wird, dass sie ein geringeres Existenzminimum benötigen als andere.

Diese Macht haben längst nicht alle! Und deshalb muss, wer Rassismus überwinden will, nicht nur immer wieder die eigenen Vorurteile kritisch überprüfen, sondern auch die „Machtfrage“ stellen: Wer spricht, wer handelt, wer urteilt, wer entscheidet und damit: wer gestaltet gesellschaftliche Normalität? Und wie bekommen wir es hin, dass alle sprechen, handeln, urteilen, entscheiden und damit gesellschaftliche Normalität gestalten dürfen?

- In der Alltagssprache sind wir hier meiner Meinung nach schon ein Stück vorangekommen - auch wenn noch viel Weg übrig bleibt: Aber diejenigen, die von rassistischer Sprache unmittelbar betroffen sind, sind in den letzten Jahren lauter geworden und sie erheben Widerspruch. Und sie bekommen Unterstützung von vielen aus der Zivilgesellschaft. Der durchschaubare Versuch, den Widerspruch gegen die Verwendung rassistischer Begriffe als „cancel culture“ zu diffamieren, zeigt nur, dass „alte und junge weiße Männer und Frauen“ hier einen Abwehrkampf führen, den sie auf lange Sicht nicht gewinnen werden.

- Im Hinblick auf alltägliches Verhalten sieht es weit schlechter aus, auch wenn der Gesetzgeber in den letzten Jahre z.B. Rassismus als strafscharfendes Tatmotiv eingeführt oder mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein - wenn auch vollkommen unzureichendes und stark verbesserungsbedürftiges - Zeichen gesetzt hat. Das alles ändert aber nichts daran, dass rassistisches Verhalten weiterhin für viele Betroffene eine Alltagserfahrung ist und dass sie, wenn sie sich in der konkreten Situation zur Wehr setzen, zu oft alleine gelassen werden; sei es aus klammheimlicher Zustimmung, sei es aus Desinteresse, sei es aus Angst. In solchen Situationen - möglicherweise auch wider das eigene Gewissen - sprachlos und tatenlos zu bleiben, muss - Stichwort „Zivilcourage“ - ich verlernen, müssen alle verlernen, die abstrakt „Nein zu Rassismus“ sagen.
- Rassismus in den Strukturen wird - und spätestens da kommt die Machtfrage deutlich zum Vorschein - nur dann zu überwinden sein, wenn
 - diejenigen, die in diesen Strukturen handeln, bereit sind zu kritischer Reflektion der „rassistischen Lage der Dinge“, die sie ohne Reflektion möglicherweise gar nicht als rassistisch, sondern als „selbstverständlich“, „normal“, „gegeben“, „bewährt“ und „war schon immer so“ empfinden.
 - Und wenn in diesen Strukturen gleichberechtigt auch jene gehört werden und gleichberechtigt gestaltend agieren können, die unmittelbar von Rassismus betroffen sind.
Diejenigen, die jetzt in Strukturen wirken und Strukturen prägen und die - wenn's gut geht - über Rassismus nachdenken oder denen - wenn's schlecht läuft - Rassismus egal oder sogar willkommen ist, werden also einen Teil ihrer Pfründe abgeben und Platz machen müssen - zugunsten derjenigen, für die Rassismus eine unmittelbare Erfahrung ist.
Denn solange sie nicht in den Strukturen vertreten sind, werden diese Strukturen - in den Medien, in der Bildung, bei der Polizei - den „rassistischen Normalzustand“, wie es die Initiative 19. Februar Hanau nennt, immer wieder reproduzieren.
- In Normen und Gesetze gegossener Rassismus schließlich wird nur dann zu überwinden sein, wenn diejenigen, die davon betroffen sind, künftig bei der Erarbeitung von Normen und Gesetzen gleichberechtigt mitwirken können: Wenn sie und ihre Belange gehört und ernstgenommen werden und wenn sie - weitergehend - gleichberechtigt über die Zusammensetzung der Gremien und Parlamente mitentscheiden können, in denen Normen und Gesetze beschlossen werden. Es ist deshalb dringend an der Zeit, das demokratische Skandalon zu überwinden, dass mehr als 8 Millionen Menschen in Deutschland - obwohl sie hier leben und Teil dieser Gesellschaft sind - nicht wählen dürfen und damit nicht mit darüber entscheiden dürfen, wer die Rahmenbedingungen setzt, unter denen sie arbeiten, glauben, lieben und leben. Auch hier geht es um die Machtfrage und - ganz konkret - darum, das Wahlrecht in Deutschland endlich von der Staatsangehörigkeit zu entkoppeln.

Zum Schluss:

- Jede*r einzelne, der oder die Rassismus überwinden will, muss ihn als Realität anerkennen, muss eigene Vorurteile und Privilegien kritisch hinterfragen, muss denjenigen zuhören und diejenigen solidarisch stärken, die Rassismus erfahren.
- Eine Gesellschaft, die Rassismus überwinden will, muss darüber hinaus gewährleisten, dass sich diejenigen, die ihn erfahren müssen, gleichberechtigt an der Entwicklung eines neuen „solidarischen Normalzustandes“ in einer „Gesellschaft ohne Rassismus“ beteiligen können.

Darum will ich mich persönlich und darum will sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz mit aller Kraft bemühen. Wir hoffen und vertrauen dabei auf die Unterstützung vieler anderer, vor allem auch derjenigen, die Rassismus am eigenen Leib erfahren müssen.

Um der Opfer von Hanau und der vielen anderen, denen Rassismus in Deutschland das Leben gekostet hat, zu gedenken und das zu versprechen, bin ich, sind wir heute hier.